

**Rudolf Dreßler**

*Parlamentarischer Staatssekretär a.D.*

*Botschafter a.D.*

**Rede auf der  
Abschlusskundgebung Bündnis#6MaiBochum  
Gemeinsam gegen Rechts- Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit  
Samstag, 6. Mai 2017**

Ein einziger Satz des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes beschreibt eine durch Sozialgesetze herbei geführte Katastrophe: "Die sogenannten Hartz-Gesetze haben den Weg nach unten frei gemacht."

Wer sich um Inhalte kümmert, bereit ist das Detail zur Kenntnis zu nehmen, erkennt, dass Politik entscheidende Korrekturen dieser Gesetze zu erledigen hat.

Der Kampf gegen Armut in Deutschland, hat eine grundlegend andere Ausgangslage als der Kampf gegen Armut nach den Maßstäben der Weltgemeinschaft. Nach diesen Maßstäben muss man weniger als 1,25 US-Dollar am Tag haben, um extrem arm zu sein.

Das sind umgerechnet 1,10 Euro am Tag, oder 33,00 Euro im Monat.

Sich von 33,00 Euro im Monat jeden Tag zu ernähren, sich zu kleiden, seinen Kindern eine Schulbildung zu finanzieren, das sprengt jede Vorstellungskraft. Mehr als 800 Millionen Menschen müssen das trotzdem schaffen, Tag für Tag.

Die Weltgemeinschaft hat sich immerhin das Ziel gesetzt, bis 2030 die extreme Armut "auszurotten". Die Ungleichheit soll schwinden, und zwar sowohl zwischen den Staaten als auch innerhalb der Staaten.

In einer Welt, in der demnächst das eine Prozent der Reichsten dieser Welt mehr besitzen wird als der neunundneunzig-prozentige Rest der Menschheit, sind das überfällige, ja selbstverständliche Ziele.

In Deutschland gelten wie in der gesamten Europäischen Union, Menschen von Armut bedroht, die mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens auskommen müssen. Aktuell sind das in Deutschland für einen Einpersonenhaushalt weniger als eintausend Euro pro Monat. Im vorigen Jahr betraf das über 15 Prozent der Bevölkerung, zum ersten Mal lag die Armutsgefährdungsquote unter Rentnern über der Durchschnittsquote.

Es ist keine politische Hellschere, wenn ich voraussage, dass dieser Prozentsatz erheblich steigen wird. Die Absenkung des Nettorentenniveaus, die Leiharbeit, befristete Beschäftigung, sind die Ursachen für die wachsende Armut im Alter.

Dass es viele Rentner gibt, die auf hohem Niveau "jammern", darf den Blick nicht davor trüben von der Politik entschlossene Schritte einzufordern, die wachsende Altersarmut zu bekämpfen.

Es ist nicht mehr zu übersehen, dass der Kampf für soziale Sicherheit, auch Kampf gegen Rechts, gegen rechte Parolen bedeutet. Unser Land hat sich verändert - bei weitem nicht nur zum Positiven, gesellschaftlich nicht, moralisch nicht.

In bestimmten Kreisen sind die Ellenbogen heute zum wichtigsten Instrument des gesellschaftlichen Fortkommens geworden und die Gier nach immer mehr zur eigentlichen Antriebsfeder des Handelns.

Die Begriffe "Sozialstaat" und "soziale Gerechtigkeit" stehen im Zwielflicht, werden in weiten Kreisen unserer Gesellschaft als Hindernis gegen eine notwendige dynamische Entwicklung betrachtet. Die ehemals gemeinsam akzeptierte Pflicht der Politik, für sozialen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit zu sorgen, wird heute weitgehend geleugnet oder gar abgelehnt. Da wird gefordert, die Instrumente der solidarischen Sicherung, unsere Sozialversicherung, müsste auf die eigentlich Bedürftigen beschränkt werden. Welch ein Quatsch! Ein Solidarsystem, das nur aus Bedürftigen besteht, das gibt es nicht. Eine Krankenversicherung nur für Arme und Kranke, oder eine Pflegeversicherung nur für Alte und Pflegebedürftige, was soll das sein? Wie soll sich das finanzieren? Vor allem aber: Was soll das mit sozialer Gerechtigkeit zu tun haben? Nein, Solidarsysteme, die funktionieren sollen, benötigen auch diejenigen, die Solidarität leisten.

Immer mehr Menschen in unserem Land fragen sich nach der Rolle, die die Sozialpolitik heutzutage noch spielt. Und in diese Frage mischt sich die ernsthafte Besorgnis darüber, ob Sozialpolitik weiterhin zu den Kernelementen deutscher Gesellschaftspolitik gehören wird. Sozialpolitik als große, den Einzelnen entmündigende Geldverteilungsmaschinerie, das ist jenes denunziatorische Zerrbild, das gepflegt wird. Nein, Sozialpolitik hat zunächst überhaupt nichts mit Geldverteilen zu tun. Sozialpolitik ist Gesellschaftspolitik, sie bedeutet Teilhabe sichern und Machtverteilung in einer Gesellschaft beeinflussen. Diese gesellschaftspolitische Werteverankerung ist vielen Politikern wesensfremd geworden. Ihre politischen Forderungen und ihre Arbeitsergebnisse legen diesen Schluss nahe.

Wir wollen eine Sozialpolitik, die ein Stück Freiheit für alle schafft, ihren Lebensentwurf zu verwirklichen. Emanzipation ist das Ziel, Stärkung der Risikobereitschaft und der Mitwirkungsbereitschaft.

Das alles kann aber nur auf sicherer ökonomischer Grundlage für die Menschen erfolgen. Denn risikobereit ist nur der, der festen Boden unter den Füßen hat. Das bedeutet zuallererst:

Die Menschen brauchen Arbeit, Arbeitsplätze von denen sie leben können.

Sie brauchen eine Gesundheitsversorgung, die sie bezahlen können.

Die Menschen brauchen eine Altersversorgung, die sie später nicht in Armut fallen lässt.

Dazu muss Politik die Grundlagen legen und sich nicht einfach wegducken, wie es Neoliberale praktizieren.

Überall dort, wo der Einzelne mit diesen Aufgaben überfordert ist, da ist die Gemeinschaft gefordert ihm zu helfen. Aber eben nur da. Und nur da geht es ums Geld und um Umverteilung.

Wohl gemerkt: Gemeinschaft - das sind alle!

Gemeinschaft sind nicht nur die Mitglieder der Sozialversicherung. Nein, es sind im Sinne des Wortes alle Mitglieder der Gesellschaft. Oder ökonomisch: Jeder einzelne Steuerzahler.

Damit auch das klar ist: Ziel der Sozialpolitik muss es sein, die Lebenssituation der Menschen so zu verändern, dass sie für sich selbst eintreten und sorgen können.

Sozialpolitik ist also das Gegenteil von Bevormundung.

Schauen wir uns ein wenig um. Und erinnern wir uns dabei an ein Wort des ehemaligen Präsidenten der USA, John F. Kennedy: "Wer die Wirklichkeit verändern will, muss zunächst

bereit sein, diese zur Kenntnis zu nehmen.“ Diese Wirklichkeit ist im Sinne des Wortes beeindruckend!

Die heute von Hartz IV abhängige Personenzahl beträgt ca. 7,4 Millionen Menschen. 25 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland arbeitet mittlerweile für Löhne, die weniger als 75 % des Durchschnittseinkommens ausmachen.

In Ostdeutschland sind es bereits 60 % der Beschäftigten.

Kinderarmut und Altersarmut steigen.

Der von politischen und publizistischen neoliberalen Hundertschaften ständig glorifizierte Zuwachs an Arbeitsplätzen löst sich auf, wenn wir uns dem “kleinen Ein-mal-eins” zuwenden: Das Gesamtarbeitsvolumen ist gestiegen, gleichzeitig ist die durchschnittliche Pro-Kopf-Jahresarbeitszeit gesunken.

Anders ausgedrückt: Das Arbeitsvolumen hat sich auf mehrere Personen verteilt zu Ungunsten eines überproportionalen Anstiegs von “befristeten Stellen”, von “Teilzeitstellen”, von “geringfügiger Beschäftigung”.

Noch anders ausgedrückt: Der Weg in die Altersarmut wurde durch politische Entscheidungen verbreitert.

Bereits im März 2008, berichtete die “Frankfurter Allg. Zeitung”, hat das Bundesarbeitsministerium den Bundestag schriftlich darüber informiert, dass rund 3,2 Millionen Personen, die Arbeitslosengeld beziehen, nicht in der Arbeitslosenstatistik auftauchen. Anders ausgedrückt: Politiker bejubeln bis heute die von ihnen selbst manipulierte Arbeitslosenstatistik!

Unternehmensverkäufe oder Teilverkäufe (im Jahr 2001) wurden steuerfrei gestellt, heizen das Fusionsfieber an und bescherten den Investmentbanken ein Riesengeschäft.

In der Rentenpolitik (2001) startet die Politik den Paradigmenwechsel. Die paritätische Beitragsfinanzierung wird gesprengt. Die private sog. “Riester-Rente” wird eingeführt. Dem Finanzsektor fließen zweistellige Milliardenbeträge zu, die der staatlichen Rente fehlen.

Die Politik hebt (im Jahr 2002) die Befristung der Leiharbeit auf. Immer mehr feste Arbeitsplätze werden umgewandelt.

Die Lebensarbeitszeit wird - ohne einen grundlegenden Diskussionsprozess - vom 65. auf das 67. Lebensjahr hochstufte. Die verlautbarte Begründung: die demographische Entwicklung zwingt dazu.

Es spricht sich mittlerweile herum, dass heute erheblich weniger als 10 Prozent der jährlich Betroffenen nur noch mit Erreichen des 65. Lebensjahres beschäftigt sind. Die Betroffenen erfahren “Rente mit 67” als Rentenkürzung um mindestens 7,2 %, in den meisten Fällen um 10 % oder mehr.

Die Politik legitimierte Hedge-Fonds und Derivate; aber schweigt zu den absurden Renditezielen der Finanzwirtschaft.

In diesen Arbeitsergebnissen die Grundwerte, die der Sozialstaatsklausel des Artikel 20 unserer Verfassung innewohnen zu entdecken, ist kaum leistbar.

Das Sozialstaatsgebot unserer Verfassung hat Politiker parteiübergreifend vor über sechzig Jahren in Bewegung gesetzt.

Gemessen an anderen Staaten ist im Nachkriegsdeutschland erstaunliches aufgebaut worden.

Ob es der Neoliberalismus wahrhaben will oder nicht: Tatsache bleibt, dass der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes seine Grundlage auf dem Boden des Sozialstaates hatte.

Es sind Persönlichkeiten wie der ehemalige CDU-Politiker Heiner Geißler, die Partei ergreifen gegen eine "schleichende" Entwertung der Sozialstaatsklausel und damit gegen den neoliberalen Privatisierungs- und Deregulierungswahn. Heiner Geißler stellte fest, dass Politik die Kontrolle über die Wirtschaft verloren hat. Der rote Teppich für Spekulanten und Großkapital muss wieder eingerollt werden. Es geht um das öffentliche Bekenntnis: Am Sozialstaatsgebot unseres Grundgesetzes führt auch kein neoliberaler Weg vorbei.

Erinnern wir uns an den Oktober im Jahr 2008. Dieser Monat begann mit einer Bundesbürgschaft von 26,6 Milliarden Euro für die Pleitebank Hypo Real Estate in München. Innerhalb von Stunden bürgt die Bundesregierung mit uns Steuerzahlern für eine Bank, deren Tochterunternehmen im Jahr 2002 ins Ausland abwanderte um in Deutschland Steuern zu sparen. Allein mit dieser Summe könnten unsere Sozialhilfeausgaben eineinhalb Jahre lang gezahlt werden. Alternativ könnten wir den Bildungsetat verdoppeln oder 1,5 Millionen Krippenplätze für Kleinkinder schaffen. Die erste Hälfte des Oktober 2008 war noch nicht erreicht, da erhöhte die Bundesregierung diese Bürgschaft durch uns Steuerzahler um das Neunzehnfache, auf die bildhaft unvorstellbare Summe von 500 Milliarden Euro.

Damit wir uns gleichwohl ein Bild machen können: 28,5 Millionen Krippenplätze oder 28 Jahre lang die Sozialhilfeausgaben oder der Bildungsetat wird achtzehn mal so hoch wie heute. Natürlich ist das alles unvorstellbar. Jeder Politiker würde nach solch einer geäußerten Forderung mit ärztlichem Attest in eine Gummizelle gesperrt, als unheilbar behandelt. Man würde ihn als Gefahr für die Demokratie bezeichnen. Die höflichste Stellungnahme würde lauten: Unfinanzierbar!

Wenn es keine andere Möglichkeit gab noch größeren Schaden für uns alle zu verhindern; wenn es keine andere Möglichkeit gegeben hat als eine 500-Milliardenbürgschaft der Bevölkerung für hemmungslose Hundertschaften von Bankern; dann darf es auch keine andere Möglichkeit geben als eine Gewinnbeteiligung der Steuerzahler nach dem die Krise nur durch ihre Hilfe überwunden wurde.

Der Staat muss den Verursachern endlich eine Rechnung ausstellen. Eine Rechnung "im Namen der Bevölkerung". Es muss klargestellt werden, dass eine Parallelgesellschaft der Banker nicht länger geduldet wird.

Lange vor der aktuellen Bankenkrise konnte man Erklärung und Trost bei Berthold Brecht finden. Der 1956 gestorbene hat uns vor Jahrzehnten bereits folgende Feststellung hinterlassen: "Der Bankraub ist eine Initiative von Dilettanten. Wahre Profis gründen eine Bank."

Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wir leben in weltoffenen Städten. Bunt, vielfältig und lebendig. Heimat für Menschen mit Wurzeln in allen Teilen der Welt. Aber unsere offene Gesellschaft ist unter Druck: In ganz Europa versuchen Rechtspopulisten, Rassisten und Nazis mit Hass und Gewalt auf der Straße und in den Parlamenten Fuß zu fassen.

Dagegen müssen wir miteinander ein starkes Zeichen setzen, für Vielfalt, für Toleranz, für gesellschaftliche Solidarität!

Der ehemalige Bundespräsident und nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau hat es auf den Punkt gebracht: "Wir arbeiten für ein Deutschland, in dem niemand Angst haben muss, ganz gleich, wie er aussieht; ganz gleich, wo er herkommt; ganz gleich, was er glaubt; ganz gleich, wie stark oder wie schwach er ist."